

Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen

In der letzten Zeit sind das Wort Demokratie und die damit verbundenen Werte wieder stärker in den Fokus gerückt. Dazu haben nicht zuletzt die Nachrichten über das vermeintliche Wissen von politischen Akteuren zu den Ausspähungen von und gegen die USA, die Unterbringung der geflüchteten und asylsuchenden Menschen oder auch die Ermittlungen gegen Journalisten wegen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen beigetragen. Die Frage, wie die Menschen in der Bundesrepublik künftig zusammenleben wollen und was hierfür vonnöten wäre, ist wieder auf den Prüfstand geraten. Dabei ist es müßig, über die Ursachen nachzudenken. Einige nennen die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, Andere sehen die gefühlt unverschiebbaren Machtverhältnisse in der Bundespolitik und Weitere die undurchsichtigen Entscheidungsprozesse der EU als Entwicklungen, die letztlich große Wirkungen auf das Leben vor Ort haben. Ob diese Erklärungsmuster zutreffen oder nicht, ist nahezu unerheblich. Denn zu beobachten sind in jedem Fall die Folgen einer Gefühlslage, die durch die genannten Thesen in Erscheinung treten. Menschen suchen sich Ventile, um für ihre Interessen einzustehen. Zu beobachten ist dies an den vielen Bürgerinitiativen, Petitionen oder letztlich auch an dem Pegida-Phänomen. Eines haben dabei alle diese Aktionsformen gemeinsam. Sie sind entkoppelt von einer der zentralen Verfassungsideen – dass die Interessen von Bürger_innen in Parteien vertreten werden. Bei einer Unzufriedenheit über den geplanten Bau einer Windkraftanlage ist es nicht mehr der erste Reflex, sich an Parteien zu wenden oder gar in eine solche einzutreten, sondern vielmehr das Problem durch oben genannte Aktionsformen quasi selbst in die Hand zu nehmen. Bestärkt wird diese These auch durch die in den letzten Jahren fallende Wahlbeteiligung. Auch hierfür kann es verschiedene Gründe geben. „Die eine Stimme bringt doch nichts“, „Wahlversprechen werden doch sowieso nicht gehalten“ oder „Es ändert sich doch nichts“ sind die Sätze, die das MBT in diesbezüglichen Gesprächen immer wieder hört. Das eigentliche Problem dahinter liegt wohl weniger in den direkten Auswirkungen dieser

Haltungen, als vielmehr in dem Gefühl der Ohnmacht, das sich dadurch einstellt. War es in den 1950er Jahren in den alten Bundesländern oder in den frühen 1990er Jahren in den neuen Bundesländern noch ein Privileg, wählen zu können und sich ohne Repressalien in demokratischen Parteien engagieren zu können, fühlt sich heute ein Teil der Bevölkerung entkoppelt von Entscheidungsprozessen in unserer Gesellschaft. Und genau dieses Gefühl ist es, welches mitunter bis in die kommunale Ebene wirkt und auch an die folgenden Generationen weiter gegeben wird.

Dieser Beitrag versucht im Weiteren, Sie mit auf eine Reise zu nehmen, hin zu den Auswirkungen auf die Kommunalpolitik, weiter zu den Möglichkeiten einer breiteren Beteiligung, über die damit einhergehenden Chancen und Schwierigkeiten in ländlichen Gemeinwesen und abschließend zu einer hoffentlich anregenden Idee für ländliche Gemeinwesen.

Brandenburg – zwischen weiten Feldern und Metropolregion

Zweifelsohne ist Brandenburg ein Bundesland mit besonderen Voraussetzungen. Es gibt wesentliche strukturelle Unterschiede zwischen den urban geprägten und an Berlin grenzenden Ballungsräumen und den Flächengebieten Brandenburgs. Einige Menschen sprechen von einem „Speckgürtel“ mit einem Verweis auf die wirtschaftlich günstige Lage, andere von engeren Verflechtungsräumen mit Blick auf die Infrastruktur. Und dann ist da noch – „das Dahinter“. Die weiten Felder, großen Wälder, kleinen Dörfer, sogar Wölfe. Was für einige Menschen romantisch klingt, stellt die politischen Verantwortlichen mitunter vor große Probleme. Es stellt sich die Frage, wie man gleichwertige Lebensverhältnisse in Regionen schafft, die sehr unterschiedliche Voraussetzungen haben. Aus der landespolitischen Perspektive stellen sich vor allem strukturelle Fragen, beispielsweise wie der Nahverkehr aufrechterhalten, die medizinische Versorgung sichergestellt und die schulische Bildung gewährleistet werden kann. Das Mobile Beratungsteam nimmt dabei den umgekehrten Blickwinkel ein. Es stellt sich die Frage, welche elementaren Bestandteile ein Dorf hat und welche zukünftig benötigt werden, um ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen sicherzustellen. Dabei finden sich nur selten differenzierte Beschreibungen vom Mikrosystem Dorf. Eine Ausnahme stellt das Buch von Gerhard Henkel zum Landleben dar.¹ Neben dieser allgemeinen Betrachtung bietet der Rundfunk Berlin-Branden-

¹ Henkel, Gerhard: Das Dorf, Landleben in Deutschland – gestern und heute. Bonn 2014.

burg eine lokale Beschreibung einzelner Brandenburger Gemeinwesen, beispielsweise durch das Format „Landschleicher“ im Rahmen der Nachrichtensendung „Brandenburg Aktuell“. Bei genauerem Hinsehen finden sich in diesem wöchentlichen Beitrag immer wiederkehrende Bestandteile von Dörfern: die Kirche, welche zumeist im Zentrum des Ortes steht. Vereine (Sport-, Heimat-, Trachtenverein usw.), die freiwilligen Feuerwehren und einzelne Bevölkerungsgruppen, die auch außerhalb von Familie und Vereinen zueinander finden. Es sind diese Elemente, die ein Zusammenleben generieren. Allerdings ist der Bestand dieser entscheidenden Elemente gefährdet durch das Phänomen der so genannten Landflucht, welches Henkel wie folgt beschreibt:

„Es gab Zeiten, da blieb das Dorf ein geschlossener Kosmos, den man nicht verließ. Dorfbewohner hatten kaum hoffnungsvolle Ziele und Motive, um abzuwandern. Seit 200 Jahren ist dies anders: Die neuen wachsenden Industriestädte brauchten Menschen vom Land, [...]. Die permanente Landflucht wurde zu einem Phänomen, das bis heute anhält und sich in Zukunft vielleicht noch verstärken wird.“²

Dieser Umstand und die Annahme der Verschärfung des Bevölkerungsrückganges birgt die Gefahr, dass die für ein Zusammenleben relevanten Systeme zusammenbrechen. Was damals noch von vielen geschultert wurde, lastet nunmehr auf wenigen. Es fehlen mitunter die Menschen, die die beschriebenen Systeme mit Leben erfüllen.

Beteiligung als aktivierendes Element eines demokratischen Gemeinwesens

Eines der entscheidenden Elemente eines Zusammenlebens in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist der Grundsatz der Beteiligung. Dabei ist es m.E. unerheblich, wer beteiligt werden soll. Es gilt grundsätzlich festzuhalten, dass ein/e Bürger_in ihrer/seiner Pflicht³ nur nachkommt, wenn sie/er sich als eben solche/r sieht. Mitunter können wir bei unserer täglichen Arbeit feststellen, dass sich der Grad von Engagement stark reduziert hat und nur wenige der Multifunktionäre noch aktiv sind.

² Ebd. S. 121.

³ Als Bürgerpflicht wird hier eine Haltung der Einwohner_innen in einem Gemeinwesen verstanden, gemeinsam verantwortlich für das Umfeld zu sein und sich gegenüber der Verwaltung nicht als reiner Dienstleistungsempfänger zu sehen.

Eine andere Seite der Medaille ist der Unmut über – ja, über wen eigentlich? „Über die da oben.“ Auch wenn dieser Ausspruch bei engagierten Menschen zumeist Unverständnis auslöst, so ist darin vor allem eines zu erkennen: Die Urheber kennen die Funktionsweisen ihrer eigenen Gemeinwesen kaum oder gar nicht. Dies löst bei ihnen das Gefühl aus, nichts bewirken zu können, was das Zugehörigkeitsgefühl zu einer demokratischen Gemeinschaft noch weiter unterminiert. Im schlimmsten Fall führt es zu einer Entladung ins Gegenteil, nämlich ein Anti-Engagement, wie zum Beispiel beim Phänomen der Pegida-Demonstrationen⁴ oder zur strikten Verhinderungshaltung bei stärkeren Eingriffen in das Wohnumfeld.⁵ Zweifelsohne gilt es, im Sinne eines demokratischen Gemeinwesens solchen Isolationstendenzen entgegen zu wirken.

Aus Sicht von einigen kommunalen Verwaltungen wird in diesem Auftrag, also der Entwicklung einer offenen Beteiligungskultur, ein immenser Aufwand gesehen. Es gilt an dieser Stelle auch festzuhalten, dass die Einrichtung von verschiedenen Beteiligungsinstrumenten tatsächlich nicht ohne Aufwand zu erreichen ist.

Da kommunale Verwaltungen stets auf ihren Haushalt bedacht sind, liegt darin auch kein unwesentliches Argument. Allerdings gilt es, auch die Einnahmeseite zu prüfen. Durch ein aktives Gemeinwesen mit vielen Akteuren und pflichtbewussten Bürger_innen werden auch Kosten gespart. Ein Beispiel dafür sind die freiwilligen Feuerwehren, in denen mitunter die Einsatzbereitschaft in Gefahr ist, weil Mitglieder fehlen oder aufgrund auswärtiger Berufstätigkeit nicht vor Ort sein können. Auf Grund dieser Zwangslage sahen sich einige Gemeinden und Städte dazu gezwungen, zum Teil hauptamtliche Kräfte einzustellen, was unbestritten eine große Belastung der kommunalen Haushalte nach sich zieht. Weitere Beispiele sind die Reinigung von Gehwegen, das Anbringen von jahreszeitlicher Dekoration, das Ausrichten von verschiedenen Feierlichkeiten, zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote für neue Einwohner_innen usw. Es ist zwar nicht möglich, eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzumachen, jedoch ist eindeutig festzuhalten, dass gelungene Beteiligung den kommunalen Haushalt nicht nur belastet. Darüber hinaus generiert sie einen Effekt, der einer Isolation von ganzen Bevölkerungsgruppen entgegenwirkt.

⁴ Festzuhalten ist, dass die Ursachen für das Pegida-Phänomen vielschichtig sind und weitere Erklärungen herangezogen werden müssen.

⁵ Gemeint sind Unternehmungen wie Straßenbaumaßnahmen, Errichtung von Windparks, Einrichtung von Asylbewerberunterkünften.

Beteiligung ist mehr als Abstimmen – aber was genau?

Die Erfahrung zeigt, dass der Begriff der Beteiligung von politischen Kräften und Verwaltungen eher gemieden wird. Begründet ist dies in dem Selbstverständnis der Akteure. Die Verwaltung muss sich stetig gegenüber den politischen Akteuren erklären. Allein darin besteht ein erheblicher Kommunikationsbedarf, der sowohl zeit- als auch kostenintensiv ist. Die kommunalen politischen Akteure investieren viel Zeit und Mühe, um alle formalen Prozesse zu durchdringen und folglich fundierte Entscheidungen für ihre Kommunen zu treffen. Darüber hinaus empfinden es die Akteure oft als schwierig, diese zumeist sehr komplexen Prozesse verständlich und ausgiebig zu erklären. Hier stoßen die Akteure an ihre zeitlichen Grenzen. Weiterhin wird in der Beteiligung oft ein Abstimmungsinstrument gesehen, was die eigene Aufgabe und die Legitimation von gewählten Akteuren in Frage stellt. Wozu sollen sie sich denn den Strapazen einer Wahl und der anschließenden Gremienarbeit stellen, wenn letztlich andere darüber entscheiden?

Bei einer Suche nach Beteiligungsinstrumenten in der Fachliteratur stößt man, neben Beteiligungsprozessen in Wirtschaftsunternehmen, insbesondere auf Veröffentlichungen im Bereich der Jugendarbeit. Dies erscheint in Anbetracht des §12 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) nur logisch, da hierin schon der Beteiligungsansatz enthalten ist:

„Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet.“⁶

Nicht nur strukturell, sondern auch historisch gewachsen, folgen insbesondere Jugendverbände seit nunmehr über 100 Jahren in Deutschland einem selbstorganisierten und folglich partizipativen Ansatz.⁷ Dabei richtet sich die Jugendbeteiligung unter anderem nach folgenden Regeln⁸, die letztlich auch auf andere Beteiligungsprozesse übertragen werden können:

- Die Beteiligung muss gewollt und unterstützt werden.
- Die Ziele und ggf. Entscheidungsspielräume sowie das gesamte Verfahren sind den Beteiligten transparent.

⁶ Sozialgesetzbuch (SGB), Achstes Buch (Kinder- und Jugendhilfe), Artikel 1 § 12, Abs. 2, S. 1.

⁷ Gries, Jürgen/ Ringle, Dominik: Jugendamt und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Analysen und Materialien mit den Ausführungsgesetzen der Bundesländer. 2. überarb. Aufl., Baltmannsweiler 2005, S. 135 ff. und S. 157.

⁸ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Berlin 2015, S. 10 ff.

- Die Informationen sind verständlich und die Kommunikation ist gleichberechtigt.
- Die Methoden sind zielgruppenorientiert.
- Die Ergebnisse werden zeitnah umgesetzt.

Die Verwaltungen und politischen Akteure haben eher das Ziel eines Entscheidungsprozesses im Blick, und die Jugendarbeit achtet auf den Prozess, der die Menschen befähigt, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Im Vergleich beider Herangehensweisen fällt vor allem auf, dass ein entscheidender Punkt in Beteiligungsprozessen die Vermittlung von Informationen an die Beteiligten ist. Mit einem zielgerichteten und entscheidungsorientierten Blick im Rahmen der politischen Beteiligungsprozesse, kann dieser Aspekt aus dem Fokus geraten, weshalb eine nähere Betrachtung lohnt.

Die Brandenburger Kommunalverfassung stellt den Punkt „Unterrichtung und Öffentlichkeitsarbeit“ besonders heraus:

„Die Gemeinde beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung, Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.“⁹

Bei der Suche in einigen Brandenburger Hauptsatzungen¹⁰ finden sich stets die folgenden Instrumente zur Bürgerbeteiligung:

- Einwohnerfragestunden in den Gremien der Kommune
- Einwohnerversammlungen
- Bekanntmachungen in Amtsblättern, über Aushänge in Schaukästen oder ggf. durch schriftliche Information der betroffenen Haushalte
- Einsehen von Beschlussvorlagen zur Sitzung des jeweiligen Gremiums oder in der Verwaltung, vereinzelt auch auf der Homepage der Kommune

Der überwiegende Teil der beschriebenen Instrumente setzt eine hohe Mobilität der interessierten Bürger_innen voraus, was eine beachtliche Hürde darstellt. Doch in einem digitalen Zeitalter sind bei den meisten Kommunen

⁹ § 13 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

¹⁰ Recherchiert wurden die Hauptsatzungen folgender Kommunen: Angermünde, Baruth/Mark, Königs Wusterhausen, Lübben, Mielower Land, Templin, Unterspreewald.

die Informationen auch auf den Homepages abzurufen – unabhängig davon, ob dies in den Hauptsatzungen verankert ist. Dabei zeigt sich jedoch ein weiteres Problem bei der Information der Bürger_innen. Die Beschlussvorlagen und Amtsblätter sind zumeist verklausuliert und verwenden Fachtermini, die sich einen kommunalpolitisch unerfahrenen Leser nicht erschließen. Es finden sich eine Vielzahl von Begriffen, die ohne weitere Recherche nicht verständlich sind: Flurstück XYZ, Bebauungsplanverfahren, Teilaufhebung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes, Aufstellungsbeschluss, Offenlegungsbeschluss und weitere mehr.

Werden an diese Sprache die Maßstäbe der Jugendbeteiligung angesetzt, erweist sich die Verständlichkeit als Problem. Darin ist weniger ein Vorwurf an die kommunalen Verwaltungen enthalten, die sich eine effiziente und rechtlich eindeutige Terminologie erarbeitet haben. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass diese spezifische Sprache nur bedingt dafür geeignet ist, die Einwohner_innen zu beteiligen. Beteiligung gelingt dann nur in solchen Fällen, wo ein erhebliches Interesse daran besteht, dass Bürger_innen diese Hürden zur Informationsbeschaffung nehmen. Dieses Interesse ergibt sich zumeist aus einer persönlichen Betroffenheit und ist häufig verbunden mit Unmut über den langen Weg der Erkenntnis. Dies ist jedoch selten der Fall. Worum es geht, erfahren die Betroffenen in der Regel erst aus der lokalen Presse – wenn der abschließende Beschluss eines Vorhabens kurz bevorsteht.

Der Konflikt ist da!

Das sind die Situationen, in denen die Kommunikation festgefahren ist. Zumeist werden erst dann die MBTs hinzugezogen und identifizieren ein Spannungsfeld, in dem ein Agieren nur noch schwer möglich ist. Die Fronten sind verhärtet und nicht selten sind die Anliegen oder Sorgen beider Seiten gleichermaßen nachvollziehbar. Die Verwaltung und die politischen Gremien haben schon viele Hürden auf dem Weg zum abschließenden Beschluss genommen, mitunter sogar Sachverständige bezahlt und oft darüber debattiert. Sie sind froh, dass sie dieses Vorhaben zum Abschluss bringen können. Die betroffenen Bürger_innen hingegen haben erst kürzlich Kenntnis erhalten und fühlen sich übergangen. Sie haben die Erwartung, dass ihre Wünsche und Bedenken zur Kenntnis genommen werden und ggf. Bestandteil der Planungen werden. Die andere Seite jedoch versteht die Einwände nicht, da doch rechtzeitig über die Amtsblätter informiert wurde und auch aus den Tagesordnungen der politischen Gremien der Stadt frühzeitig bekannt war,

worum es geht. Die Stimmung heizt sich auf und das gegenseitige Unverständnis wächst. Solche oder ähnliche Konflikte konnten wir in unserer Arbeit schon oft erleben.

Auch wenn jedes Gemeinwesen eigene Kommunikationswege hat und das MBT grundsätzlich die individuellen Lösungswege mit den lokalen Akteuren sucht, gibt es doch eine allgemeine Lösungsstrategie – der Diskurs muss ermöglicht und angeschoben werden. Basis jedes Diskurses ist die gemeinsame Grundlage in Bezug auf Informationen. Im Hinblick auf die Grundpfeiler der Beteiligung ist darin die rückwirkende Heilung der Beteiligungslücken zu sehen. Es gilt nun, die lokalen Akteure, die letztlich eine multiplikative Wirkung erzeugen können, an einen Tisch zu holen. Dazu können gehören: die politischen Parteien, die Vereine, die freiwillige Feuerwehr, die Kirche, die Gaststättenbesitzer, weitere Gewerbetreibende, ehemalige Bürgermeister, exponierte Persönlichkeiten etc.

Dieses nachholende Agieren ist selbstredend sehr kräftezehrend. Demnach ist eine Kommune gut beraten, möglichst frühzeitig den Raum zu schaffen, über die anstehenden Vorhaben und Probleme zu informieren, auch über die oben beschriebenen Instrumente hinaus. Die Resonanzen werden schnell zeigen, ob ein gesteigertes Interesse an Beteiligung besteht. Ist dies der Fall, so sollten Räume für eine Partizipation geschaffen werden: Diskussionsabende, Umfragen oder weiteres.

Der Blick zurück aufs Dorf – das Schwinden von Multifunktionären

Der Blick auf das Land Brandenburg macht deutlich, dass Beteiligungsprozesse unterschiedliche Ausprägungen haben, je nachdem, welche Strukturen vor Ort vorherrschen. In den urbanen Gebieten rund um Berlin gibt es gut ausgestattete Verwaltungen und oft noch starke Parteien, die den Meinungsbildungsprozess vorantreiben. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure sind vernetzt und nehmen eine besondere Funktion ein. In den ländlich geprägten Gebieten des Landes treffen wir eher auf gegenteilige Situationen. Die Gemeinde- und Amtsverwaltungen sind zwar häufig zentral, jedoch in großer Entfernung gelegen und für eine Vielzahl von Dörfern zuständig. Dort existieren kaum Parteien, die sich in ihrer Arbeit auf die lokalen Angelegenheiten konzentrieren.

Im Hinblick auf die Verfasstheit von Dörfern liegt darin jedoch eine der größten Schwierigkeiten. Wenngleich Begriffe wie Landidylle und Dorfgemeinschaft diese kleinen Siedlungsstrukturen gerne als eine homogene Ansammlung von Menschen mit ähnlichen Interessen und Meinungen betrach-

ten, zeigt sich beim genaueren Hinsehen, dass es sich hierbei eher um einen Mythos handelt.¹¹ Der Zusammenhalt in einem Dorf ist vielmehr historisch über Zweckbündnisse zu erklären.¹² Es bildet sich zwar eine regionale Identität heraus, der Gedanke einer rein solidarischen Dorfgemeinschaft gehört jedoch eher einer romantisierenden Vorstellung an. Heutzutage bestehen diese Zweckbündnisse nur noch in einem kleinen Zusammenhang. Die größeren landwirtschaftlichen Betriebe sind z. B. kaum noch auf Erntehelfer in großer Zahl angewiesen, woraus auch keine Gegenleistungen mehr erwachsen. Dörfer werden heute oft als Rückzugsorte gesehen. Der Austausch entsteht nicht aus wirtschaftlichen Zwängen, sondern aus gewollten Bekannt- und Freundschaften. Die Existenz und der Nutzen kleiner Siedlungsgemeinschaften entstehen nicht mehr aus einem wirtschaftlichen Mehrwert; die gemeinsamen Interessen haben sich verringert. Wenn dieser eigentliche Zweck entfällt, stellt sich die Frage, wie und wo sich Dorfgemeinschaft bildet. Die Antwort lautet zweifelsohne: in den Vereinen, angefangen beim Anglerverein über den Sportverein bis hin zum Förderverein der freiwilligen Feuerwehr.

Es ist also anzunehmen, dass die Kommunikation in einem Dorf insbesondere in diesen Strukturen stattfindet. Aus Sicht eines idealtypischen Beteiligungsansatzes sind Vereinsstrukturen die Orte, in denen solche Prozesse stattfinden. Letztlich ist ein Verein der Ort, in dem die/der Einzelne unmittelbaren Einfluss auf das nehmen kann, was passieren soll. Im Gegensatz zu den Wahlen für politische Ämter, hat die einzelne Stimme ein wesentlich größeres Gewicht. Es ist jedoch nicht nur dieser nach innen wirkende Ansatz, der dem Verein in den Dörfern eine derart herausragende Stellung zukommen lässt. Auf Grund der schwach ausgeprägten Parteistrukturen in den Dörfern übernehmen Vereine oft notgedrungen auch die Funktion der politischen Interessenvertretung. Diese weitere Funktion exponiert den Verein im Dorf in einem besonderen Maße, insbesondere wenn man die Betrachtungen von Johannes Staemmler berücksichtigt, der die Kommunikation eines Ortes beschreibt:

„Über die Familie hinaus sind es für die Bürgerinnen und Bürger drei kommunikative Arenen, die von zentraler Bedeutung sind für die Herstellung von Sinnzusammenhängen. Es sind gleichzeitig jene Bereiche, die für po-

¹¹ Henkel: Das Dorf (Fußnote 1), S. 144 f.

¹² Etwa: Der Schmied hilft den Bauern, die Nachbarn gehen mit zur Ernte, der gemeinsame Schutz des Eigentums etc.

litische Willensbildung und Engagement wichtig sind. Das sind Staat und Politik, Zivilgesellschaft und Medien.“¹³

Bei einer Prüfung dieser beschriebenen „kommunikativen Arenen“ auf ihre Konsistenz, zeigt sich erneut die hohe Bedeutung der Zivilgesellschaft. Als Medien mit für den Ort relevanten Informationen sind zweifelsohne die regionalen Tageszeitungen zu sehen. Es ist allgemein bekannt, dass die Auflagen dieser Blätter in den letzten Jahren massiv gesunken sind. Politik und Verwaltungen sind, wie bereits beschrieben, zumeist nicht im Wahrnehmungshorizont vieler Bewohner_innen eines Dorfes.

Wenngleich dieser Umstand allein noch keine große Besorgnis erregt, so ist es spätestens der Blick auf die Personen, die diesen Vereinsstrukturen vorstehen. Sehr oft sind es die Multifunktionäre. Sie vereinen mehrere politische, zivilgesellschaftliche und private Funktionen auf sich. Zumeist sind sie sehr angesehen und durch diese vielen Aufgaben kann sich sogar eine Form von Mythenbildung um ihre Person entwickeln. Umso schwerer wiegt der Verlust einer solchen Person. Ob der Rückzug vorbereitet oder plötzlich war – es gibt einen Riss, in dem ganze Kommunikationsprozesse und ein beträchtliches Wissen verschwinden. Systemisch gesehen werden sich neue Strukturen bilden; der Verlust mag unmittelbar schwierig sein, er wird aber bewältigt werden. Für die Übergangszeit aber entsteht eine mitunter schwerwiegende Lücke, besonders im Hinblick auf die beschriebenen defizitären Beteiligungsinstrumente. Der Ort wird „abgehängt“ – zumindest temporär.

Eine Idee zum Umgang mit dieser Misere

Zur Erarbeitung eines Lösungsansatzes lohnt der Blick in ein weiteres Themenfeld, bei dem wir auf ein probates Mittel gestoßen sind, welches sich im Grundansatz zum Umgang mit der beschriebenen Problematik eignet – die Jugendkoordination in ländlichen Räumen.

Für das MBT ist die Jugendsozialarbeit eine der fundamentalen Bestandteile in ländlichen Brandenburger Gemeinwesen. Fachlich sind sich die Expert_innen einig, dass sie für die verschiedenen Problemlagen junger Menschen Sorge trägt und darüber hinaus ein Bindeglied zwischen den Erwachsenen, den kommunalen Verantwortungsträgern und den adoleszenten Jugendli-

¹³ Staemmler, Johannes: Besonderheiten von Kommunikation im ländlichen Raum Ostdeutschlands, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Region in Aktion – Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann. Berlin 2013, S.20-23.

chen darstellt. Auch politisch ist sie von besonderem Interesse. Die Förderung der Jugendarbeit durch die kommunalen Verwaltungen ist in nahezu jedem Kommunalparlament Thema. Einerseits wird sie häufig zu den so genannten „freiwilligen Leistungen“ gerechnet mit der Folge, dass Kommunen sie bei schwierigen Haushaltslagen vorrangig kürzen. Andererseits wird sie als allgemeiner Problemlöser für schier unlösbare Aufgaben betrachtet. Sobald es zu Vandalismus, Gewalt oder anderem ungehörigen Verhalten kommt, ist aus verschiedenen Richtungen der Ruf nach Jugendsozialarbeit zu vernehmen. In diesen Situationen bietet sich die Paul Watzlawick zugeschriebene Weisheit an:

„Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.“

Jugendsozialarbeit und insbesondere das Arbeitsfeld der Jugendkoordination sind aber nicht in erster Linie Problemlösungsinstrumente. Denn wenn „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, ist für die Fachkräfte ein immenser Zeitaufwand erforderlich, um eine zufriedenstellende Lösung herzustellen. Die verhaltensauffälligen Jugendlichen haben mitunter kein Interesse, an einem Seil aus dem Brunnen zu klettern. Die Fachkraft ist also gezwungen, selbst in den Brunnen zu steigen und den Jugendlichen heraus zu ziehen oder gar zu schieben. Für die Jugendsozialarbeiter_innen ist dieses Handeln jedoch unumgänglich, denn darin besteht der Auftrag, den die politischen Verantwortlichen der Jugendsozialarbeit erteilen. Im Zuge solcher Kriseninterventionen entsteht also eine verfahrenere Situation, die in der Regel zu keinem Ergebnis führt, das alle Seiten zufrieden stellt. Sinnvoller erscheint es daher, die Jugendsozialarbeit als ein kontinuierliches und präventives Element zu verstehen, welches die sinnbildlichen Bretter auf den Brunnen legt, um so zu verhindern, dass eine große Anzahl der Heranwachsenden in eben jenen Brunnen fällt.

Darüber hinaus sind Jugendkoordinator_innen in einem vergleichsweise großen Gebiet für mehrere Sozialräume zuständig. Die zeitlichen Ressourcen lassen demnach eine intensive und individuelle Beschäftigung mit einzelnen Jugendlichen nicht zu. Wie es der Begriff schon andeutet, sollen sie nach der ursprünglichen Idee des Konzeptes koordinieren. Und dabei soll der Fokus vorwiegend auf Prozessen liegen, die mit den Interessen der Jugendlichen zu tun haben. Zum Beispiel einen Begegnungsraum für die Jugend in einem Ort zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen, verlässliche Regeln für die Nutzung zu schaffen. Es ist nicht die Aufgabe der Fachkraft, bei der Nutzung des Jugendraumes ständig präsent zu sein, darin sollte

die Ausnahme liegen. Vielmehr geht es darum, die Jugendlichen schon im Vorfeld dabei zu unterstützen, mit den kommunalen Verantwortungsträgern ins Gespräch zu kommen, um ihr Ziel zu erreichen. Im Weiteren kann es dann um den Aufbau von Kontakten im Umfeld des Jugendraumes gehen, um einen direkten Kommunikationsdraht zwischen Nachbarn und Jugendlichen zu schaffen.

Die Fachkraft der Jugendkoordination ist daher eher als Kommunikationsmittler_in und Übersetzer_in zu verstehen, die darüber hinaus versucht, selbstorganisierte Jugendgruppen zusammen zu stellen, die in der Lage sind, selbstbestimmt zu wirken. Dabei greift sie selbstredend auch in den Meinungsbildungsprozess ein, indem sie diesen befördert.

Der Ansatz der Gemeinwesenkoordination in ländlichen Räumen

Wenngleich die Bürger_innen, an die sich die Gemeinwesenkoordination richtet, meist keine Jugendlichen sind, finden sich in diesem Ansatz einige Elemente, die in der beschriebenen Situation in Brandenburger Dörfern ebenfalls fruchtbare Ergebnisse zeitigen können. Dabei ist zunächst der präventive Ansatz zu nennen. Die Erwartung an eine Gemeinwesenkoordination mit der Zuständigkeit für mehrere Dörfer ist natürlich die Vernetzung sämtlicher Strukturen. Als Mitarbeiter_in der Gemeinde- oder Amtsverwaltung besteht ohnehin der Kontakt zur Verwaltungsebene. Darüber hinaus besteht der Auftrag, sich auch mit den weiteren Akteuren zu vernetzen und somit die lokalen Systeme, samt der dahinter stehenden Personen zu kennen und zu verstehen. Im Idealfall ergeben sich daraus bisher unentdeckte Synergien, die es zu nutzen gilt.

Ein weiteres präventives Element entsteht dann, wenn die beschriebenen lokalen Multifunktionäre ausfallen. Wenngleich auch kein/e Gemeinwesenkoordinator_in ad hoc eine solch engagierte Person umfassend ersetzen kann, so ist er/sie doch in der Lage, sehr schnell dafür zu sorgen, dass keine erheblichen Schäden entstehen. Darüber hinaus kann die Fachkraft die neuen Funktionäre in der Anfangszeit unterstützen und somit die bedeutenden zivilgesellschaftlichen Systeme schützen und Reibungsverluste minimieren.

Der präventive Ansatz kann auch für die Verwaltung und Politik einen erheblichen Gewinn darstellen, da die Fachkraft als Seismograf dienen kann, der den Unmut über anstehende Entscheidungen frühzeitig erkennt und die Kommunikation zwischen verschiedenen Beteiligten bereits vor einer möglichen Eskalation herstellen kann. Darüber hinaus ist sie in dem Fall einer oben

beschriebenen Eskalationsstufe der/die Expert_in für die Begebenheiten vor Ort. Selbstredend sind auch gute hauptamtliche Bürgermeister_innen in der Lage, die Situationen in den jeweiligen Dörfern zu erfassen und zu beschreiben. Doch in Zeiten immer größerer Verwaltungseinheiten in den ländlichen Regionen Brandenburgs werden auch herausragende Bürgermeister_innen im Detail an ihre Grenzen stoßen.

Das besondere Potenzial des Ansatzes liegt in der Stärkung einer geschwächten Kommunikationsarena. Sicherlich ist es kaum möglich, die Auflagen der Tageszeitungen zu erhöhen. Doch der Bereich „Staat und Politik“ kann durch eine Übersetzungsfunktion, gezielte Vernetzung und die Organisation von lokalen Veranstaltungen zur Meinungsbildung entscheidend gestärkt werden. Die Koordination setzt damit an der Problematik an, dass die lokalen Vereine, die zumeist auch die politische Verantwortung in den Dörfern tragen, selten eine Anbindung an übergreifende Organisationsformen haben, wie dies bei Parteien der Fall ist. Selbstredend liegt der Königsweg eher darin, dass auch in Dörfern wieder flächendeckend Parteistrukturen vorherrschen. Mit Blick auf die Mitgliederentwicklungen in den Brandenburger Parteien ist dies jedoch zunächst nicht zu erwarten.

Für eine solche Tätigkeit werden also Fachkräfte benötigt, die sich in den Strukturen von Verwaltung und Politik auskennen, eine fundierte Kenntnis von Funktionsweisen in kleinen Gemeinwesen haben, eine besondere kommunikative Kompetenz besitzen und in der Lage sind, komplexe Informationen verständlich aufzuarbeiten. Für die Umsetzung dieser Tätigkeit wird ein hohes Maß an Mobilität benötigt, da der wesentliche Teil der Arbeit nicht vom Büro aus stattfindet. Eine Orientierung aus methodischer Sicht bietet der sozialräumliche Ansatz aus der Sozialen Arbeit, der sich seit den 1970er Jahren insbesondere in Bezirken von Großstädten etabliert hat.

Spätestens bei der Lektüre der letzten halben Seite werden die Verantwortungsträger aus Politik und Verwaltung angefangen haben zu rechnen, die Aufgabe als unfinanzierbar und somit als nicht realisierbar bewertet haben. Doch auch jene Leser_innen können beruhigt sein. Es gibt bereits Gemeinden, die diesen Ansatz in den Grundzügen umsetzen. Natürlich schließt die Gemeinwesenkoordination die Jugendkoordination nicht explizit aus. Des Weiteren gibt es mitunter Seniorenbeauftragte oder Mitarbeiter_innen in Sachgebieten für Bildung und Soziales; auch existieren entsprechende Förderprogramme. Mit etwas Kreativität lassen sich einige Möglichkeiten finden. Deswegen möchte ich Sie dazu ermuntern, diese zu prüfen. Und wenn es ernst wird, steht das MBT natürlich zur Beratung bereit.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© Februar 2016, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31/7 406246, 01 73 / 6489581

Fax: 03 31/7 406247

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Kerstin Palloks, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-052262-8

Inhalt

Vorwort	7
<i>Markus Klein</i>	
Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen	9
<i>Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz:</i>	
In Brüssel summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“ Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung und zur Bearbeitung von „weißen Flecken“	55
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Demokratieimpulse im ländlichen Raum	73
<i>David Driese</i>	
Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen	89
<i>Andrea Nienhuisen</i>	
Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen	103
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs	139
<i>Susanne Kschenka</i>	
Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg	155
<i>Dirk Wilking</i>	
Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus	171

Michael Kohlstruck/ Alexander Lingk

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei:

Der „III. Weg“ in Brandenburg 199

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber 223

Adressen des MBT 224